

REZENSIONEN

Karen Wagens

Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten

BRIGITTE BARGETZ

Seit einigen Jahren prägt die Forderung nach einer zunehmenden Auseinandersetzung mit Materialität feministische Debatten. Es handelt sich dabei um eine Diskussion, die vor allem mit Judith Butlers Arbeiten virulent wurde und gegenwärtig marxistisch-materialistische Feminist_innen ebenso wie Vertreter_innen des New Materialism zu einer Kritik an poststrukturalistischen und insbesondere dekonstruktivistischen queer-feministischen Ansätzen bewegt. Kritisiert wird hier zumindest dreierlei: eine Fokussierung auf Identitätspolitik bzw. Politiken der Anerkennung, wodurch ökonomische Fragen und Fragen sozialer Ungleichheit nachrangig werden; damit zusammenhängend eine Romantisierung kultureller Politiken, die als Life-Style-Politiken individualisierende Tendenzen zeitigen, gesamtgesellschaftliche Fragen hingegen ausblenden; und schließlich eine Überhöhung des Symbolischen und Diskursiven, wodurch nicht zuletzt der Körper in seiner Materialität zu verschwinden droht.

In diese Debatten interveniert „Geschlecht als Artefakt“. In ihrer Studie zur Wirkweise von Heteronormativität in Erwerbsarbeitskontexten und zu Praxen ihrer Überschreitung gelingt es *Karen Wagens* überzeugend, den „Stellenwert von Materialität in Prozessen kultureller Bedeutungskonstituierung“ (25) in mehrerlei Hinsicht zu re-etablieren: Erstens greift sie mit Erwerbsarbeit einen zentralen Bereich vergeschlechtlichter sozialer Ungleichheit auf und zeigt, wie Geschlechtlichkeit und Heteronormativität darin eingeschrieben und festgeschrieben sind. Indem sie sich mit sexuell-geschlechtlichen Alltagspraxen am Arbeitsplatz auseinandersetzt, macht sie zweitens deutlich, dass und wie das vermeintlich Persönliche und Gesellschaftliche miteinander verwoben sind. Drittens fasst *Wagens* den Körper als materiell-sinnlichen Körper und identifiziert ihn als zentralen Wahrnehmungs- und Einsatzpunkt für (geschlechtliche und sexuelle) Regulierungsweisen ebenso wie als „Ort der Wissensproduktion und Transformation“ (44).

Ziel ihrer queer-feministischen Analyse ist es, nicht nur die „Funktionsweisen von Heteronormativität“ (69) sichtbar zu machen, sondern auch wie „Geschlecht *anders* lebbar gemacht wird“ (30). Es geht ihr also sowohl um die Passförmigkeit und Arbeit am Körper als auch um die Umarbeitungsmöglichkeiten von Geschlecht durch widerständige Körperpraxen. Dafür setzt sich *Wagens* mit fünf unterschiedlichen „sexuell-

geschlechtlichen Selbstpositionierungen“ (68) auseinander, die sie als „transformatorisches Wissen“ (65) und mithin als Potenzial begreift, um die „Entnaturalisierung von Geschlecht“ und die Destabilisierung einer normativen Zweikörperordnung „weiterzutreiben“ (23).

Im ersten Teil des Buches beschreibt sie die konzeptuellen, theoretischen und methodologischen Grundlagen; im zweiten Teil stellt Wagels die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung dar. Anhand der fünf Selbstpositionierungen thematisiert sie unter anderem (implizite und explizite) Anforderungen geschlechtlicher Vereindeutigung und deren Hierarchisierung, Prozesse der (Hetero-)Sexualisierung, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Praxen des Passings ebenso wie Praxen der Veruneindeutigung und Überschreitung von Geschlecht. Es geht um Tom, der als Transmann im sozialen Bereich mit Jugendlichen arbeitet und dort als „hetero und Mann“ (Tom, 83) wahrgenommen wird; um Karo, der es „mehr oder weniger egal (ist), ob ich jetzt ein Mann oder eine Frau wäre“ (Karo, 96) und die außerhalb des Erwerbsarbeitslebens einen Drag King-Stammtisch organisiert, in ihrem Arbeitskontext, ebenfalls im sozialen Feld mit Jugendlichen, ‚als Frau‘ wahrgenommen wird; um Doris, die zunächst ‚als Mann‘ im „gehobenen Management“ (Doris, 126) erfolgreich war, ehe sie sich ‚als Frau‘ gezwungen sieht, sich von gewissen repräsentativen Aufgaben zurückzuziehen; um Birthe, die im Management arbeitet und sich entschließt, ihre lesbische Lebensweise kenntlich zu machen, um „ganz ganz sein“ (Birthe, 162) zu können; schließlich um Nadine, die einen Femme-Stammtisch organisiert und in ihrem klinischen Berufskontext „einfach als heterosexuell wahrgenommen“ (Nadine, 210) wird.

Wagels Analyse beeindruckt dabei nicht nur durch die aus den Interviews gewonnenen Einsichten, sondern auch dadurch, dass darin die Einschätzungen der Interviewten konsequent in den Mittelpunkt gerückt werden. Methodisch auf Expert_inneninterviews und Grounded Theory Bezug nehmend, vertritt Wagels eine Forschungsposition „engagierter Distanz“ (54) und begreift „gefragte Personen wie auch Fragende als aktiv Forschende an diesem Prozess der Wissensproduktion“ (48). Deutlich wird diese Haltung nicht zuletzt an der Darstellung ihrer Ergebnisse. So organisiert sie die fünf Selbstpositionierungen entlang der Themensetzungen der Interviewten, was sie auch sprachlich zum Ausdruck bringt, indem sie für alle Überschriften Zitate aus den Interviews wählt.

Insgesamt macht Wagels in ihrer Untersuchung eindrücklich und überzeugend deutlich, dass Sexualität und Geschlecht im Erwerbsarbeitskontext eine bedeutsame Rolle spielen und in den alltäglichen Begegnungen am Arbeitsplatz verkörpert – und damit zugleich hervorgebracht und potenziell überschritten – werden. Indem sie Sexualität und Geschlecht nicht zuletzt in ihrer Verwobenheit fokussiert, liefert sie gleichfalls einen Beitrag dazu, die „Arbeitsteilung zwischen Queer und Gender Studies“ (28) infrage zu stellen und zu überschreiten.

Karen Wagels, 2013: *Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten*. Bielefeld: transcript, 273 S., ISBN 978-3-8376-2226-3.

Bettina Haidinger, Käthe Knittler

Feministische Ökonomie

VERONIKA DUMA, KATHARINA HAJEK

Spätestens seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt feministischer Ökonomie wieder vermehrt Aufmerksamkeit zu. Jedoch ist diese Disziplin im deutschsprachigen Raum nur vergleichsweise schwach institutionalisiert und so tragen *Bettina Haidinger* und *Käthe Knittler* mit ihrer Einführung in die feministische Ökonomie dazu bei, eine Leerstelle zu schließen.

Die schmale Monografie gliedert sich in eine Einleitung und acht kompakte Kapitel, die auch jeweils für sich gelesen werden können und im Folgenden thematisch gegliedert vorgestellt werden. Mit der Themenauswahl stecken die Autorinnen explizit ein breites Debattenfeld ab, das eng an Bewegungskontexte gebunden ist.

Den politischen Anspruch und die epistemologischen Grundlagen verorten Haidinger und Knittler im dritten Kapitel in der feministischen Standpunkttheorie, womit der emanzipatorische, interaktive und eingreifende Charakter feministischer Ökonomie betont wird. In der Gegenüberstellung konstruktivistischer und materialistischer Ansätze argumentieren die Autorinnen mit Verweis auf die Persistenz vergeschlechtlichter Ungleichheitsverhältnisse für die Notwendigkeit, an der empirischen Kategorie Frau festzuhalten – ohne jedoch poststrukturalistische Ansätze außer Acht zu lassen oder essentialistisch zu argumentieren.

Das zweite und vierte Kapitel nimmt jeweils eine historische Perspektive ein. Unter der Frage „Wo sind die Ökonominnen?“ gehen sie den Pionierinnen feministischer Ökonomie sowohl in der frühen ArbeiterInnenbewegung als auch im akademischen Umfeld nach. Dabei wird vergegenwärtigt, welchen Einfluss die Vertreibung und Ermordung vieler feministischer Ökonominnen im Nationalsozialismus für die androzentrische und ‚bemannte‘ Etablierung des Faches hat. Kapitel vier zeichnet die feministische Kritik an der Neoklassik vom 19. Jahrhundert von dem Konzept des homo oeconomicus bis zum politischen Projekt des Neoliberalismus nach.

Den historischen Analysen und Theorien der „Hausarbeitsdebatte“ ist Kapitel fünf gewidmet. Diese verhandelte in den 1970/1980er-Jahren das Verhältnis von Lohnarbeit zu unbezahlter Reproduktionsarbeit und somit stets auch das Verhältnis von marxistischen und feministischen Theorien. Die Autorinnen spannen den Bogen von Mariarosa Della Costa bis zur Bielefelder Debatte um die „Hausfrauisierung“. Dieser weitgefasste Begriff thematisierte neben der Entwertung weiblicher Erwerbsarbeit auch die Ausweitung von Arbeitsverhältnissen, die durch mangelnde Arbeitsrechte, schlechte Entlohnung oder Vertragslosigkeit gekennzeichnet sind, weshalb Knittler und Haidinger Aspekte der damaligen Debatte als Vorwegnahme des aktuellen Prekarisierungsdiskurses verstehen. Auch die Verschiebung der Orte

feministischer Wissensproduktion von Bewegungs- hin zu akademischen Kontexten wird thematisiert.

Das Spannungsverhältnis zwischen der feministischen Ökonomie und der „Welt der Zahlen“ (87), d.h. Statistiken und mathematische Modelle in ihrer politischen Anwendung, wird im sechsten Kapitel diskutiert. Einerseits seien gendersensible Statistiken notwendig, um Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse aufzuzeigen. Andererseits werde von queer-feministischer Seite kritisiert, dass durch die Anwendung binärer Kategorien Zweigeschlechtlichkeit reproduziert werde und sich Herrschaftsverhältnisse nicht auf Zahlen, feministische Analysen nicht auf quantitative Aspekte reduzieren. An der Diskussion wirtschaftswissenschaftlicher Kernmaterie knüpft auch das achte Kapitel an, in dem makroökonomische Ansätze einer feministischen Analyse unterzogen werden. So legen die Autorinnen anhand des Bruttoinlandproduktes (BIP) dar, wie privatisierte reproduktive Tätigkeiten in diesen Berechnungen systematisch außen vor gelassen werden – das BIP somit aus feministischer Perspektive um jeweils 30 bis 40% zu niedrig berechnet ist.

Das siebente Kapitel thematisiert Care-Arbeit und Reproduktion. Die Autorinnen fokussieren die zunehmende Kommodifizierung von Care-Tätigkeiten, die verschiedenen Dimensionen prekärer Arbeitsverhältnisse, den spezifischen Charakter von Sorge und Pflege-Arbeit sowie migrantische Hausarbeit und globale Betreuungsketten. Feststellend, dass Care sowohl bezahlte als auch unbezahlte, formelle als auch informelle Arbeiten fasst, plädieren sie dafür, den Begriff der Reproduktion aufgrund dessen explizit kapitalismus- und patriarchatskritischen Anspruch in aktuellen Debatten nicht aufzugeben.

Schließlich diskutieren die Autorinnen feministische Widerstandformen und „konkrete Utopien für eine postpatriarchale wie postkapitalistische Ökonomie“ (150). Sie beziehen sich dabei auf das Bedingungslose Grundeinkommen, die Vier-in-Eins-Perspektive Frigga Haugs, die auf eine gesellschaftliche Gleichverteilung von Lohn-, reproduktiver und politischer Arbeit, aber auch von Zeit für Muße zielt, sowie auf reproduktive Commons, die Modelle der Vergesellschaftung sowie des freien Zugangs zu reproduktiven Dienstleistungen diskutieren. Diese Ansätze thematisieren zwar in unterschiedlichem Ausmaß geschlechterspezifische Arbeitsteilung oder die Organisation von Versorgungsleistungen und Reproduktionsarbeit, gemeinsam ist ihnen jedoch die Forderung nach der Wiederaneignung von Zeit. Alle drei Zugänge stellen Bausteine für eine feministische Utopie dar.

Die Autorinnen zeichnen die umfangreichen Debatten übersichtlich und zugänglich nach und legen Problematiken und Herausforderungen im Feld der feministischen Ökonomie im Rahmen historischer und aktueller Debatten sowie vor dem Hintergrund dar, dass die Disziplin als „Blinder Fleck der Ökonomie“ im malestream der traditionellen Wirtschaftswissenschaften nach wie vor marginalisiert ist. Die einzelnen Kapitel umreißen verschiedene Problemfelder und enden häufig mit offenen Fragen, die Widersprüchlichkeiten aufzeigen und zum Weiterdenken anregen. Das Interessante dabei ist, dass Kontinuitäten und Anknüpfungspunkte an verschüttete

Traditionen feministischer Ökonomie seit dem späten 18. Jahrhundert aufgezeigt werden und ihr Blickfeld durchaus über europäische Entwicklungen hinausreicht.

Die Aktualität des Bandes ergibt sich zudem über die wiederholte Thematisierung der vergeschlechtlichten Auswirkungen der (Welt-)Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie der feministischen Kritik der Austeritätspolitik.

Mit der Einführung wurde ein weiterer wichtiger Schritt in der Etablierung des Feldes der feministischen Ökonomie im deutschsprachigen Raum geleistet.

Bettina Haidinger, Käthe Knittler, 2013: *Feministische Ökonomie*. Wien: Mandelbaum Verlag, 167 S., ISBN 978-3-85476-629-2.

Andrea Büchler, Michelle Cottier (Hg.)

Legal Gender Studies. Rechtliche Geschlechterstudien. Eine kommentierte Quellensammlung

ELISABETH HOLZLEITHNER

Die kommentierte Quellensammlung ist ein im besten Sinn umfassendes Werk geworden. Es zeigt die Legal Gender Studies als „Ort, an dem feministische Fragestellungen kontinuierlich verfolgt und reformuliert werden können“ (36) und gibt Einblick in die Breite und Tiefe des Fachs in seinen inter- wie transdisziplinären Bezügen. Das bedeutet, die Texte der Sammlung gehen regelmäßig über die Rechtswissenschaften hinaus: Es werden Quellen aus diversen Disziplinen mit einbezogen, die von den Legal Gender Studies rezipiert werden (müssen), wollen sie der Komplexität ihrer Fragestellungen gerecht werden. Dies impliziert auch den Abschied von einem als naturgegeben angenommenen dualistischen Geschlechterkonzept, „ohne die noch bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern aus dem Blick zu verlieren“ (36). Im Zeichen dieser Aufgabe steht das Buch.

Ein Einleitungskapitel widmet sich „Grundlagen“. Im Abschnitt zu „Recht als Schauplatz der Geschlechterpolitik“ werden historische Perspektiven eröffnet, verschiedene theoretische Ansätze und übergreifende Debatten wie jene des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit skizziert und methodische Fragen erörtert. Dazu gehören genuin feministische Methoden wie das (kurz angedeutete) Consciousness Raising ebenso wie die Reflexion der problematischen Einbettung feministischer Wissensgeneration im Recht mittels der „Rechtsdogmatik“, die als „Master’s Tools“ (Lorde, 40) hinterfragt wird. Wie steht es demnach überhaupt um

das Recht als soziales Steuerungsinstrument? Die Autorinnen verhehlen nicht, dass die Debatten darüber kontrovers sind und dass übertriebener Optimismus mit Blick auf die feministische Einsetzbarkeit von Recht nicht angezeigt ist.

Die weitere Anordnung der Texte erfolgt entlang der Leitmotive Gleichheit, Differenz, Konstruktion der Geschlechter. Damit wird auch eine historische Abfolge von Ansätzen in den Legal Gender Studies konstatiert. Diese haben einander, wie die Autorinnen zutreffend betonen, nicht einfach abgelöst, sondern sie stehen zueinander in einem komplexen Wechselverhältnis von Spannung, Konkurrenz und Synergie. Im Kapitel über Gleichheit wird gezeigt, gegen welche konventionell-patriarchalen Differenzkonstruktionen Gleichheit erst errungen werden musste. Die Sammlung setzt bei der Aufklärung an und zeigt mittels exemplarischer Texte, wie die Gleichheit aller Bürger auf Kosten der als spezifisch weiblich gesetzten Frauen (und eben nicht: Bürgerinnen) gewonnen wurde. Es wird gezeigt, wie konventionelle männliche Diskurse immer schon von Einsprüchen seitens rechtbewegter Frauen begleitet waren – von Olympe de Gouges oder Mary Wollstonecraft etwa. Als Exempel wird die Konstitution des Schweizer Staates als „Männerbund“ und der lange Weg der Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz dargeboten. Die Darstellung der Ansichten und Problemlagen steht exemplarisch für das gesamte Buch: Es bietet immer mehrere Perspektiven und scheut sich nicht, reaktionäre Quellen abzudrucken, die Leser_innen das „wogegen“ der Legal Gender Studies auf besonders plastische Weise deutlich machen. So manches feministische Argument, das aus heutiger Perspektive überschießend erscheinen mag, erklärt sich, wenn das historische Umfeld und der rechtliche Kontext der Äußerung bekannt sind.

Ebenfalls auf die Schweiz mit einigen Hinweisen zum EU-Recht fokussieren im Kapitel Gleichheit die Abschnitte zum formellen und materiellen Gleichheitsverständnis mit Ausführungen zur Problematik von Quotenregelungen, zur Gleichstellung im Arbeits- und Berufsleben sowie im Eherecht. Unter der Überschrift „Einfluss des europäischen und internationalen Rechts“ wird u.a. der Stellenwert der UN-Frauenrechtskonvention thematisiert. Gerade wenn es um materielle Gleichstellung geht, fließen selbstredend auch schon Überlegungen zur unterschiedlichen sozialen Positionierung der Geschlechter und damit der „Differenz“ ein, der das nächste große Kapitel gewidmet ist. Es fällt in der Relation am kürzesten aus. Hier werden weniger rechtliche Fragen als theoretische Positionen abgehandelt, darunter die Kritik am männlich gedachten Rechtssubjekt, die Antwort relationaler Positionen wie der Care-Ethik (Gilligan) und deren Einfluss auf die feministische Rechtswissenschaft sowie schließlich das „Geschlecht und andere Kategorien der Differenz“, die einen Einblick auch in intersektionale Perspektiven bietet und beispielhaft die Debatte über religiös motiviertes Kopftuchtragen beleuchtet.

Wesentlich umfangreicher ist das letzte Kapitel über die „Konstruktion“ von Geschlecht im und durch das Recht. Nun kann die Positionierung an dieser Stelle nicht bedeuten, dass Geschlecht in den anderen Kapiteln – jenen über Gleichheit und Differenz – nicht konstruiert wäre, zumal im Licht der unter „Differenz“ abgehandelten

Intersektionalität. Vielmehr geht es darum aufzuweisen, dass in den früheren Debatten, auf welche die Begriffe Gleichheit und Differenz sich beziehen, mit einer zu großen Selbstverständlichkeit davon ausgegangen wurde, dass es die zwei Geschlechter „Männer“ und „Frauen“ einfach „gibt“ – eine Selbstverständlichkeit, die nun im Rahmen der Bearbeitung von Themen wie der Konstruktion von Männlichkeit, von sexueller Gewalt gegen Frauen, Reproduktion, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ganz grundlegend aufgemischt werden soll. Die abschließenden Perspektiven stellen die Frage, ob die Kategorie „Geschlecht“ im Recht nicht besser abgeschafft werden sollte – eine Debatte, die in den Legal Gender Studies seit einigen Jahren kontrovers geführt wird. Die einschlägigen Bemerkungen von *Büchler* und *Cottier* verdeutlichen das Spannungsfeld: Die Abschaffung der rechtlichen Kategorie Geschlecht würde kaum dazu führen, dass die sozial „mit männlichen und weiblichen Körpern verbundenen Inhalte“ einfach abgestreift werden könnten; überdies stellt sich die Frage, wie die für die Herstellung materieller Gleichheit erforderlichen geschlechtsspezifischen Vergleichsdaten dann generiert werden könnten. Gleichwohl wollen die Autorinnen nicht auf die radikale Perspektive verzichten: Es könnte, so meinen sie, verdeutlicht werden, „dass das zur Zeit vorherrschende Zweigeschlechtermodell dem gesellschaftlichen Wandel zugänglich ist“ (419).

Die vorliegende Edition gibt Zeugnis von rasantem Wandel im Recht ebenso wie von der Hartnäckigkeit des sozialen Status Quo. Recht erweist sich als notwendig, ja unverzichtbar, aber keineswegs als Allheilmittel. Besonders hervorzuheben sind die „Einbettungstexte“, welche die sorgfältig ausgesuchten Quellenstellen kontextualisieren, miteinander verbinden und den Blick für die jeweiligen Herausforderungen schärfen. Sollte bislang eine gewisse Scheu vor *Legal Gender Studies* bestanden haben: Das Werk von *Büchler* und *Cottier* wäre eine gute Gelegenheit, sie zu überwinden.

Andrea Büchler, Michelle Cottier (Hg.), 2012: *Legale Gender Studies. Rechtliche Geschlechterstudien*. Zürich: Dike Verlag und Baden-Baden: Nomos Verlag, 459 S., ISBN 978-3832976804.

Ulrike Spangenberg, Maria Wersig (Hg.)

Geschlechtergerechtigkeit steuern. Perspektivenwechsel im Steuerrecht

JANA SCHULTHEISS

Der Sammelband geht auf eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts für gleichstellungsorientierte Prozesse und Stra-

tegien im November 2012 zurück. Durch viele Beiträge, wie etwa der von *Margit Schratzenstaller*, zieht sich die zentrale These, dass Steuergesetze zwar geschlechtsneutral formuliert sind und damit formal für Frauen und Männer gleichermaßen gelten, sie jedoch aufgrund unterschiedlicher sozio-ökonomischer Realitäten de facto geschlechtsspezifische Auswirkungen haben.

Interessant ist der interdisziplinäre Zugang: Die 15 Beiträge des Sammelbandes sind einem ökonomischen Teil, in dem es hauptsächlich um Verteilungs- und Anreizwirkungen von Steuern geht, einem juristischen Teil, in dem Fragen des Steuerrechts im Mittelpunkt stehen und einem Teil über Umsetzungserfahrungen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zugeordnet. Zudem beschäftigen sich die Artikel nicht nur mit dem deutschen Steuersystem; zahlreiche Beiträge aus Österreich erlauben einen Vergleich der beiden Steuersysteme.

In der deutschen Debatte ist immer noch das Ehegattensplitting sehr zentral und wird von den Herausgeberinnen auch als „eine Art elephant in the room“ (10) bezeichnet. Das Ehegattensplitting führt bei unterschiedlichen Einkommenshöhen der EhepartnerInnen bei einer gemeinsamen steuerlichen Veranlagung und des damit gemeinsamen Grenzsteuersatzes zu einer finanziellen Besserstellung eines Ehepaares gegenüber unverheirateten Paaren. Der Vorteil fällt umso höher aus, je unterschiedlicher die Einkommen der (Ehe-)PartnerInnen sind – relativ am höchsten ist er in einem AlleinverdienerInnen-Haushalt. Im Beitrag von *Friederike Maier* werden die „Geschlechteraspekte der Einkommensbesteuerung“ einem internationalen Vergleich unterzogen: Studien zeigen, dass „der Einverdiensthaushalt (...) in den meisten EU-Ländern nicht mehr die Norm (ist)“ (110) und in den durchgerechneten Konstellationen „ist er außer in Frankreich und Deutschland auch steuerlich nicht mehr besser gestellt als der Zweiverdiensthaushalt mit Kindern“ (110). So wurde in Österreich bereits in den 1970er-Jahren eine Individualbesteuerung eingeführt. Dies ist gegenüber der gemeinsamen Versteuerung von Ehepaaren in Deutschland aus der Geschlechterperspektive deutlich fortschrittlicher. Dennoch zeigen die Beiträge aus Österreich, „dass das Steuersystem trotz Individualbesteuerung zu geschlechtsbezogenen Nachteilen führen kann“ (10). Hier sind etwa Begünstigungen zu nennen, die die positive Progression der Lohn- und Einkommensteuer abschwächen und de facto überwiegend männlichen Steuerzahlern zugutekommen, wie die Pendlerpauschale, Begünstigungen von Auslandstätigkeiten und bestimmte steuerfreie Zulagen und Zuschläge (z.B. Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen oder Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit).

Für viele AutorInnen sind die normativen Annahmen, die implizit in Steuergesetzen enthalten sind, ein zentrales Thema. So stellt etwa *Ulrike Spangenberg* zur „Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung“ fest, dass „in die Ziele und die Ausgestaltung von Rechtsnormen hegemoniale Normalitätsvorstellungen eingeschrieben sind“ und dass „(e)in Diskriminierungsschutz, der ausschließlich eine rein formale Gleichbehandlung gewährleisten soll, (...) Gefahr (läuft), all die Menschen zu benachteiligen, deren Lebensrealitäten den im Recht vorausgesetzten Leitbildern nicht

entsprechen“ (132f.). Auch *Ulrich Mückenberger* geht in seinem Beitrag, der hauptsächlich ein Gender-Mainstreaming-Projekt im deutschen Bundesfinanzministerium vorstellt, von der Vermutung aus, dass: „auch das Steuerrecht voller Fiktionen ist“ (171) – wie etwa das unterstellte Bild eines bestimmten Familientyps und daraus abgeleitete Vorstellungen von Leistungsfähigkeit und Schutzbedarf – und stellt sich die Frage, wie solche Fiktionen überwunden werden können. Für Mückenberger wären „neue Beteiligungsprozesse“ in demokratischen Verfahren erforderlich und er schließt seinen Beitrag mit dem Appell: „Nicht länger sollen steuerrechtliche Fiktionen uns steuern – wir sollen (und können) Steuern steuern“ (182).

Elisabeth Klatzer überschreibt ihren Beitrag mit dem Titel „Mit Steuern emanzipatorisch steuern“ und stellt Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Budgetpolitik anhand von Beispielen aus Großbritannien, Österreich und Kanada vor. Kampagnenbeispiele und mitunter neue, feministische Forderungen können in der teilweise technokratischen Debatte um gerechte Steuersysteme erfrischend wirken. Wichtig ist das Aufzeigen der positiven Wirkungen von Steuern bei öffentlichen Investitionen, insbesondere auch für Frauen.

Einige Beiträge des Sammelbandes gehen über das reine Thema des Steuersystems bzw. -rechtes hinaus und integrieren die Debatten in einen weiteren gleichstellungspolitischen Kontext. So beschäftigt sich *Gisela Färber* kritisch mit der „Gleichstellungsorientierten Gesetzesfolgenabschätzung“ und ihrer Umsetzung in Deutschland am Beispiel des Steuerrechts. *Elfriede Fritz* geht in ihrem Beitrag auf die seit Anfang 2013 geltende gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung in Österreich ein. Zudem stellt sie einige konkrete Zielsetzungen, wie zum Beispiel die Unterstützung der besseren Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern durch das Abgabensystem, im Rahmen der Umsetzung von Gender Budgeting vor, das in Österreich in der Bundesverfassung verankert ist. Zahlreiche AutorInnen verweisen auch auf das zentrale gleichstellungspolitische Problem der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede und anderer struktureller Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt, die im Steuersystem fortgeschrieben werden bzw. indirekte Wirkungen entfalten. So wirken etwa geschlechtsneutral formulierte Steuergesetze, die negative Erwerbsarbeitsanreize für die oder den ZweitverdienerIn setzen, de facto nicht geschlechtsneutral, da dies aufgrund der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede in den überwiegenden Fällen die Frau ist.

Die Auseinandersetzung mit den Lohn- und Einkommensteuersystemen ist sehr dominant und der Blick auf andere Steuerarten, wie beispielsweise Vermögens- oder Konsumsteuern, aus der Geschlechterperspektive oder das Abgabensystem als Ganzes kommt im Buch insgesamt leider ein wenig zu kurz. Dies ist aber sicher auch dem Stand der allgemeinen Debatte geschuldet und mit dem Beitrag von Schratzenstaller gibt es einen fundierten Überblicksartikel über „Genderaspekte bei der Analyse von Lenkungs- und Verteilungswirkungen von Steuern und Abgaben“ im Sammelband. Auch wenn das bekannte und ausführlich kritisierte deutsche Ehegattensplitting einen zentralen Stellenwert einnimmt – und für ExpertInnen im Thema vielleicht nicht

allzu viel Neues bietet – kann das Buch durch seinen interdisziplinären Ansatz insgesamt gewinnbringend gelesen werden. Es gewährt einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Debatte und zeigt neben Reformhindernissen sowie Leerstellen, etwa im Bereich vorhandener Daten, auch Möglichkeiten zur emanzipatorischen Steuergestaltung auf.

Ulrike Spangenberg, Maria Wersig (Hg.), 2013: Geschlechtergerechtigkeit steuern. Perspektivenwechsel im Steuerrecht. Berlin: edition sigma, 257 S., ISBN 978-3894047979.

Beate Binder, Katrin Ebell, Sabine Hess, Anika Keinz, Friedrich von Bose (Hg.)

Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch

KATHARINA SCHOENES

Folgt man den Herausgeber_innen von „Eingreifen, Kritisieren, Verändern!?“, so sind engagierte Wissenschaft und „Impact“-orientierte Forschung gegenwärtig in aller Munde. Klare Grenzziehungen zwischen akademischer und nicht akademischer Wissensproduktion sowie zwischen Auftragsforschung und selbstinitiierten Forschungsprojekten verwischen dabei zunehmend. Vorangetrieben wird diese Entwicklung nicht zuletzt durch Kriterien, an welche die Vergabe von Forschungsgeldern gebunden ist; so setzt beispielsweise die Wissenschaftsförderung der Europäischen Union eine gewisse „Policy-Relevanz“ der Forschungsprojekte voraus. Während der Ruf nach partizipativer Forschung sowie der Anspruch, eine wissenschaftliche Praxis zu entwickeln, die auf gesellschaftliche Veränderung zielt, in den 1970er- und 1980er-Jahren in erster Linie von linken Wissenschaftler_innen vertreten wurden, ertönt die (neoliberale) Anrufung, anwendbares bzw. unmittelbar verwertbares Wissen zu produzieren unter diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zunehmend aus dem Zentrum der Macht. Engagiertes Forschen und Interventionen durch Wissenschaftler_innen bewegen sich demnach in einem Spannungsfeld zwischen linken, emanzipatorischen und feministischen Politiken einerseits und der „Indienstnahme wissenschaftlichen Wissens unter neoliberalen Vorzeichen“ (44) andererseits.

Mit hieraus resultierenden Herausforderungen und Fragen befasst sich der vorliegende Sammelband, der aus der 13. Arbeitstagung der Kommission Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde hervorgegangen ist. Ziel der Tagung war es, sich über „interventionistische Wissenspraktiken

sowie Möglichkeiten und Herausforderungen eingreifender Wissenschaft“ (10) auszutauschen. Einen ersten Ausgangspunkt hierfür bildete die Reflexion über Erfahrungen aus der Frauen- und Geschlechterforschung, deren Anfänge aus der Frauenbewegung hervorgegangen sind bzw. eng mit dieser verbunden waren. Weitere Bezugspunkte waren Donna Haraways Überlegungen zur Situiertheit von Wissen, aus der US-amerikanischen Kulturanthropologie stammende Ansätze einer „engaged anthropology“ sowie die aus dem italienischen Operaismus hervorgegangene Tradition militanter Untersuchungen, welche darauf ausgerichtet waren, durch den Forschungsprozess kollektive Lernprozesse zu initiieren und Menschen zum gemeinsamen politischen Handeln zu ermächtigen.

Die insgesamt 21 Beiträge sind in sechs Abschnitte untergliedert, welche unterschiedliche Frageperspektiven eröffnen. So knüpft die erste Perspektive an das Grundanliegen der Frauen- und Geschlechterforschung zur kritischen Reflexion von Wissensproduktion an und fragt nach Genealogien und Problemhorizonten engagierter Forschung. Während die Beiträge des zweiten Abschnitts politische Interventionen in die Wissenschaft thematisieren, wird die Blickrichtung im dritten Abschnitt umgekehrt: Dieser diskutiert anhand konkreter Forschungen Potentiale und Herausforderungen interventionistischer Wissenschaftspraxis. Der vierte Abschnitt beschäftigt sich unter dem Titel „Engagierte Forschung – Politisierte Felder“ mit der Frage, wie sich Aktivismus und ethnologische Forschung und Wissensproduktion fruchtbar miteinander verbinden lassen. Die Beiträge der fünften Perspektive interessieren sich für Interventionen in medialen Kontexten, und der letzte Abschnitt beinhaltet erste Überlegungen dazu, wie Ethnolog_innen und Kulturanthropolog_innen mit der zunehmend aus Politik und Öffentlichkeit an sie herangetragenen Forderung nach direkt umsetzbaren Handlungsanleitungen umgehen können.

Der Band ist in mehrerlei Hinsicht abwechslungsreich gestaltet. Er verknüpft zum einen theoretisch und historisch argumentierende Überblicksartikel mit konkreten Werkstattberichten. Darüber hinaus beinhaltet er neben klassischen Textformaten ein Gespräch zwischen der Herausgeberin *Sabine Hess* und drei Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, in dem diese sich darüber austauschen, wie sich akademische und aktivistische Wissenspraktiken miteinander verknüpfen lassen, sowie eine „kollektive Kollage“. Diese dokumentiert die Ergebnisse eines World Cafés über „Bedingungen der Wissensproduktion im Kontext von Institutionalisierung, Ökonomisierung und Prekarisierung“ (279), welches im Rahmen der Tagung stattfand.

Eine Frage, die gleich mehrere Beiträge beschäftigt, bezieht sich darauf, ob und wie das Involviertsein in politische Bewegungen für ethnologische Forschung und Wissensproduktion produktiv gemacht werden kann. In ihrem einführenden Überblicksartikel äußern *Beate Binder* und *Hess* eine gewisse Skepsis gegenüber sogenanntem kollaborativem und partizipativem Forschen. Mit der Verwobenheit von Aktivismus und politischem Engagement einerseits und wissenschaftlichem Arbeiten andererseits gehe grundsätzlich die Gefahr einher, im Feld gefundene Freund_innen auszu-

nutzen bzw. einseitig deren Expert_innenwissen abzuschöpfen. Auch *Marion Hamm* berichtet am Beispiel ihrer Untersuchung zur EuroMayDay-Bewegung der Prekären von Konflikten und Unsicherheiten im Forschungsprozess, in dem sie sich immer wieder mit folgender Frage auseinandersetzen musste: „Würde ich mit der Verwertung meiner politischen und freundschaftlichen Netzwerke nicht zu einer Profiteurin, die die politische Arbeit anderer zum Zweck beruflicher Qualifikation ausbeutet?“ (65) Dennoch kommen zahlreiche Autor_innen des Bandes zu dem Ergebnis, dass Wissenschaft und Aktivismus sich durchaus gegenseitig befruchten können. So könnten etwa theoretische und wissenschaftliche Analysen bei der Beantwortung von für Aktivist_innen relevanten Fragen hilfreich sein, indem sie zur Analyse gegebener Macht- und Herrschaftsverhältnisse beitragen und damit mögliche Angriffspunkte für wirksame politische Interventionen aufzeigen.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche feministische Intervention beschreiben *Almut Sülzle*, *Agnieszka Zimowska* und *Martina Schuster* in ihrem Beitrag. „Zusammenkommen, Weiterdenken, Eingreifen“ ist ein Werkstattbericht zu einer feministisch intervenierenden Forschung, welche die Autorinnen gemeinsam im Vorfeld sowie während der Fußballeuropameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine durchgeführt haben. Ziel der Intervention war es, einer diskursiven Vermischung der Themen Prostitution und Menschenhandel entgegenzuwirken, wie sie im Kontext der WM 2006 in Deutschland stattgefunden hatte. Ihre Arbeit, die sie als „Aufklärung mit politischer Intention“ (140) begriffen, bestand unter anderem darin, Expert_innen zusammenzubringen, mit ihnen gemeinsam weiterzudenken und wissenschaftliche Analysen zu liefern, die die Handlungsfähigkeit der Akteur_innen vor Ort erhöhten. Lesenswert ist der Band vor allem deshalb, weil die Beiträge sich nicht darauf beschränken, auf einer theoretischen Ebene mit engagierter Wissenschaft einhergehende Konfliktlagen zu problematisieren, sondern diese anhand von konkreten Beispielen immer auch auf Chancen und Handlungsspielräume hin befragen. Die Zielsetzung kritisch intervenierender Wissenschaft beschreiben *Binder* und *Hess* wie folgt: Es gehe darum, „Teil einer Wissensproduktion zu werden, die situativ immer wieder Stellung bezieht und dazu beiträgt, auf die Veränderung der Verhältnisse in Richtung Emanzipation und soziale Gerechtigkeit hinzuwirken“ (49). Wie Wissenschaftler_innen diesem Anspruch gerecht werden können, muss immer wieder neu unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen ausgehandelt werden. Dafür liefert „Eingreifen, Kritisieren, Verändern!?“ zahlreiche Denkanstöße und Handlungsbeispiele.

Beate Binder, Katrin Ebell, Sabine Hess, Anika Keinz, Friedrich von Bose (Hg.), 2013: *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 291 S., ISBN 978-3896919137.

Eva Blome, Alexandra Erfmeier, Nina Gülcher, Sandra Smykalla

Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity Management

ANDREA LÖTHER

Mit dem Professorinnen-Programm des Bundes und der Länder und den Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG erhielt Gleichstellung an Hochschulen in den letzten Jahren einen Bedeutungszuwachs, zumindest im Diskurs der Hochschulpolitik. Zugleich beförderten diese Initiativen neue Steuerungsformen wie Wettbewerb und neue Strukturen wie Stabsstellen in der Gleichstellungspolitik selbst. Darüber hinaus beeinflussen die Ende der 1990er-Jahre einsetzenden Veränderungen an Hochschulen wie neue Governance-Strukturen, eine veränderte Personalstruktur oder die Bologna-Reform, zusammen mit der 2005 ausgeschrieben Exzellenzinitiative, zunehmend die Geschlechterverhältnisse und die Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Es ist deshalb folgerichtig, dass das 2005 erschienene „Handbuch zur universitären Gleichstellungspolitik“ grundlegend überarbeitet wurde. Dabei beleuchtet die zweite Auflage insbesondere die Herausforderung, die Intersektionalität als theoretischer Ansatz und Diversity Management als Strategie für gleichstellungspolitisches Handeln darstellen. Der neue Titel „Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity Management“ benennt diese Veränderungen.

Ziel des Buches ist, „die verschiedenen Verständnisse von Gleichstellung zu reflektieren, die nach wie vor existierenden Beharrungskräfte und Widerstände gegenüber dem Thema Gleichstellung abzubauen sowie die Professionalisierung gleichstellungspolitischen Handelns an Hochschulen zu unterstützen“ (18). Dabei geht es den Autorinnen um die „Verschränkung von geschlechtertheoretischem Wissen mit gleichstellungspolitischer Theorie und Praxis“ und die daraus entstehenden „Paradoxien (gleichstellungs-)politischen Handelns“ (21).

Der Teil „Grundlagen“ beinhaltet einen Abriss über die Geschlechterverhältnisse an Hochschulen, Erklärungsansätze für den Ausschluss von Frauen sowie gesetzliche Grundlagen, strukturelle Veränderungen der Hochschulen und neue gleichstellungspolitische Initiativen. Feministische Theorien, darunter Intersektionalität und Diversity Studies, werden umfassender als in der ersten Ausgabe behandelt. Unter Bezug auf dekonstruktivistische Theorien positionieren die Autorinnen gleichstellungspolitisches Handeln als paradoxe Intervention. Diese Interpretation sollte um Überlegungen von Gudrun-Axeli Knapp ergänzt werden, nach der Gleichstellung und Frauenförderung mit der Verknüpfung von Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion eine dreifache Perspektive beinhalten. Die drei geschlechtertheoretischen

Ansätze sind nicht in eine Richtung aufzulösen, sondern wechselseitig als Korrektiv für gleichstellungspolitische Strategien zu nutzen.

Der Schwerpunkt und die Stärke des Buches liegen im Praxisteil, in dem die Autorinnen die verschiedenen Handlungsfelder der Gleichstellungsarbeit umfassend aufbereiten. Gespeist aus ihren Erfahrungen in der dezentralen Gleichstellungspolitik und der Weiterbildungs- und Beratungsarbeit analysieren sie beispielsweise detailliert den Ablauf von Berufungsverfahren, deren formal-rechtliche Grundlagen und das strategische Vorgehen der Gleichstellungsbeauftragten. Eine besondere Stärke ist es, dass die Autorinnen durch die Verschränkung mit Geschlechter- und Diversity-Theorien die häufig pragmatisch angelegte und theorieferne Gleichstellungsarbeit, deren Ziele und Strategien sowie das Selbstverständnis von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten kritisch reflektieren. Dadurch wird es den Leser_innen möglich, Widerstände gegen Gleichstellungspolitik und Rollenkonflikte einzuordnen, aber auch Ausschlüsse, die die Gleichstellungsarbeit produziert, zu erkennen. Ein Verdienst der Autorinnen ist es, dabei insbesondere die Arbeit von dezentralen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu berücksichtigen. Allerdings gehen die Autorinnen, trotz ihres Anspruches, neben Universitäten auch Fachhochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen Anregungen zu geben, kaum auf die Besonderheiten von Fachhochschulen, z.B. in Berufungsverfahren, ein.

Hinweise auf weiterführende Literatur sowie Institutionen und Weblinks im Anschluss an die einzelnen Abschnitte, zahlreiche Querverweise sowie ein Glossar unterstreichen den Charakter des Buches als Handbuch und Nachschlagewerk. Durch die straffere Gliederung ist die zweite Auflage noch besser nutzbar als die Erstveröffentlichung.

Problematisch in der konzeptionellen Anlage des Buches ist die fast ausschließliche Ausrichtung auf Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Die Verantwortung der Hochschulleitung für die Gleichstellungspolitik wird im Zusammenhang mit den rechtlichen Grundlagen, Gender Mainstreaming und Umstrukturierungen der Hochschulen diskutiert, zentraler Bezugspunkt bleiben jedoch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Diese Konzeption birgt die Gefahr, die von den Autorinnen beklagte Delegation der Gleichstellungspolitik an die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu reproduzieren. Auch tauchen die weiteren Adressat_innen des Buches, Führungskräfte an Hochschulen, Geschlechterforscher_innen und Praktiker_innen im Bereich Antidiskriminierung und Gleichstellung oder auch Mitarbeitende in den Frauen- und Gleichstellungsbüros, als Handelnde kaum auf.

Trotz einiger kritischer Anmerkungen ist das Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen ein unverzichtbares Nachschlagewerk für alle, die für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse an Hochschulen arbeiten.

Eva Blome, Alexandra Erfmeier, Nina Gülcher, Sandra Smykalla, 2013: Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity Management. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, 320 S., ISBN: 978-3531175676.

Herausgeber_innenkollektiv

Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken

JESSICA SCHÜLEIN

Feministische Einsichten antifaschistischer Politik und Bewegung sind – nach wie vor – vonnöten, so der Ausgangspunkt des Herausgeber_innenkollektivs von „Fantifa: feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken“. Mit diesem Band soll die antifaschistische Geschichtsschreibung ab den 1980er-Jahren bis heute um den Aspekt Fantifa erweitert werden. Die Entstehungsgründe einzelner Fantifa-Gruppen, ihre politischen Ausrichtungen und Arbeitsweisen sowie ihre gruppeninternen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz sind primärer Gegenstand der Auseinandersetzung. Dabei setzt das Herausgeber_innenkollektiv größtenteils auf die Darstellung außerparlamentarischer linker Politik anhand von Originaldokumenten wie Flyern, Demoaufrufen, Broschüreausschnitten und Interviews ehemaliger und gegenwärtiger Gruppenmitglieder. Durch die Einbettung dieses Textmaterials in den politischen Kontext, wie die Debatte über Frauen als Mittäterinnen im Nationalsozialismus ab Ende der 1980er, die Progrome gegen Flüchtlingsunterkünfte Anfang der 1990er und das gleichzeitige Erstarken neonazistischer Organisationen, wird dem/r Leser/in erfreulich detailliertes Hintergrundwissen verschafft. Eigene Rückschlüsse über historische Gegebenheiten, Debatten sowie Konfliktlinien und deren (mögliche) gegenwärtige Weiterführungen werden somit zugänglich und stellen Weichen für daran anschließende Analysen wie Handlungsmöglichkeiten feministischer Antifa-Arbeit. Die den Fantifa-Gruppen vorausgehende Radikalisierung großer Teile der Frauenbewegung werden beispielhaft anhand des Einflusses von Kate Millets Werk „Sexual politics“ von 1970 und der Entwicklung der feministischen militanten Gruppe Rote Zora Mitte der 1970er-Jahre dargelegt, um die wichtigsten Bezugspunkte der Gruppen aufzuzeigen. Die Interviews des Herausgeber_innenkollektivs mit ehemaligen Gruppenmitgliedern geben über die theoretische Erörterung hinaus illustrative Auskünfte über den offensichtlichen Unmut bezüglich linken Mackerverhaltens in Form von dominantem männlichem Redeverhalten, der Fokussierung auf rein militante Gegenwehr und fehlender Sensibilität für vor allem Frauen betreffende linke Kämpfe, die über ausschließlich antifaschistische Themen hinausgehen, wie der Kampf gegen den §218. Durch dieses Verhalten in ihrer politischen Arbeit behindert, gründeten Aktivistinnen reine Frauengruppen. Ebenso trug die fehlende Solidarität männlicher Aktivisten in Diskussionen um Definitionsmacht, Übergriffe innerhalb der Szene und Täterschutz sowie die Zurückweisung der zumeist von Frauen geäußerten Forderung, eine szeneinterne Reflexion der eigenen Verstrickung in sexistische Verhältnisse vorzuneh-

men, zu Fantifa-Gründungen bei. Rückblickend wird jedoch auch die Selbstkritik am nicht zu erfüllenden Anspruch laut, sowohl feministische Antifa-Arbeit zu leisten, als auch Schwerpunkte der geschlechterheterogenen Antifa-Gruppen zu bearbeiten, wie Clara im Interview erläutert: „Warum hatten wir den Anspruch, alles abdecken zu müssen: Frauenzusammenhänge und gemischte? Das kann frau doch gar nicht schaffen. Wir haben die gesellschaftlichen Lebensrealitäten von Frauen in unseren eigenen Zusammenhängen reproduziert, ohne es zu merken“ (29). Nichtsdestotrotz – das Credo der Interviewten, in der Praxis erfahren zu haben, dass „Politik Spaß macht“ (49), hinterlässt einen augenfällig positiven Eindruck. Begründet wird dies vor allem mit der expliziten Thematisierung von Aktionsgrad und Grenzen jeder Einzelnen innerhalb der Fantifa-Gruppen, was wiederum zum Erfolg der Aktionen beitrug. Theorielastige Veranstaltungen wie Lesekreise und Vortragsreihen zu antifaschistischen und darüber hinaus explizit feministischen Themen, beispielsweise Frauen im Widerstand und in faschistischen Gruppen oder sexualisierte Gewalt gegen Frauen, wurden organisiert und dabei oftmals die Verbindung von faschistischer Ideologie zu rassistischen, nationalistischen und antifeministischen Einstellungen aufgezeigt. Ebenso wurde sich an szenübergreifenden Aktionen beteiligt, wie etwa Anti-Nazi-Demonstrationen, Plakatierungsaktionen, die Podiumsbesetzung und Flugblattaktion gegen die Deutsche Liga für das Kind oder die Aktion der feministischen Raumnahme in der Frankfurter U-Bahn, in welcher Männer aus dem ersten Wagen verwiesen wurden.

Zusätzlicher Pluspunkt des Bandes ist die theoretische Auseinandersetzung mit Männlichkeitsbildern; zwei Interviewte geben zudem Auskunft, wie in der eigenen Männergruppe bzw. durch die Veranstaltung von Workshops linke Männlichkeitsvorstellungen konstruktiv thematisiert und sich verselbstständigender Aktionsmilitanz selbstkritisch begegnet werden können. Das Werk schließt mit einem Einblick in die Arbeit aktueller (teilweise gemischtgeschlechtlicher) Fantifa-Gruppen, die durch offene Bündnispolitiken versuchen, „Kämpfe miteinander zu verbinden: Heteronormativismus und Zweigeschlechtlichkeit zurückzuweisen und gleichsam patriarchale Strukturen anzugreifen“ (113). Diese gegenwärtige politische Arbeit ist weniger aktionistisch denn theoretisch, wie beispielsweise Veranstaltungsreihen zu queer-feministischer Ökonomiekritik. Dem Band gelingt es somit nicht nur, die Entwicklungslinien feministischer Antifa-Arbeit differenziert aufzuzeigen, sondern auch die Bedeutsamkeit feministischer Kritik in antifaschistischer Politik eindrücklich herauszuarbeiten. Gerade die Darstellungsformen der Interviews und Originaldokumente verschaffen dabei vertiefende Einblicke in das Theorie-Praxis-Verhältnis linker Politik; wird doch ausführlich die Relevanz der feministischen Erweiterung antifaschistischer Theorie für die praktische Antifa-Arbeit beleuchtet. Wie vom Herausgeber_innenkollektiv betont, ist eine zukünftige Erweiterung der Fantifa-Geschichtsschreibung über die deutschsprachigen Grenzen hinaus wünschenswert – eine anknüpfungsfähige Orientierung ist mit dem vorliegenden Band gelungen.

Herausgeber_innenkollektiv, 2013: *Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken*. Reihe Antifaschistische Politik, Band 5. Münster: Edition Assemblage, 200 S., ISBN 978-3942885300.

Wolfgang Keck

Die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf. Studien zur Gesundheits- und Pflegewissenschaft

LYDIA-MARIA OUART. NADIYA KELLE

Demografische Prognosen sagen für die kommenden Jahrzehnte einen stetig steigenden Pflegebedarf vorher. Derzeit übernehmen in Deutschland Familien den Hauptanteil an Pflegetätigkeiten. Da ein Großteil der pflegenden Angehörigen berufstätig ist, werden in Zukunft Fragen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf umso wichtiger werden.

In seinem Buch generiert *Wolfgang Keck* detailreiche Einblicke in den Alltag erwerbstätiger pflegender Angehöriger, aus denen er neue und komplexe Erkenntnisse für die theoretische Beschäftigung mit sozialem Handeln im Allgemeinen wie auch mit der Vereinbarkeitsproblematik im Speziellen entwickelt.

Den Kern des Buches bilden drei empirische Kapitel, in denen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Geschlechterunterschiede und sozio-ökonomische Differenzen zwischen erwerbstätigen pflegenden Angehörigen analysiert werden, wobei die letzteren „vertikalen Ungleichheiten“ (20) bisher im Rahmen von Forschung über Pflege kaum thematisiert worden sind.

Erstens interessiert ihn allgemein die Vereinbarkeit von Berufs- und Pflegetätigkeit. Hier folgert Keck, dass die Erwerbsmuster pflegender Angehöriger nicht nur eine Konsequenz von, sondern auch eine Bedingung für die Übernahme von Pflegeaufgaben seien. So sei es wahrscheinlicher, dass Menschen, die bereits vor der Pflegetätigkeit in Teilzeit beschäftigt sind, Pflegeaufgaben übernehmen. Je höher die zeitliche Belastung durch die Pflegeaufgaben, umso wahrscheinlicher sei es, dass Menschen ihre Arbeitszeit (weiter) reduzieren. Doch ein erheblicher Anteil der pflegenden Angehörigen reduziere auch bei umfangreichen Pflegeaufgaben die Erwerbsarbeitszeit nicht. Im zweiten empirischen Kapitel untersucht Keck Unterschiede zwischen pflegenden Männern und Frauen. Die Analyse ergibt wie erwartet, dass Frauen „häufiger intensive Pflegeaufgaben übernehmen als Männer“ (149). Keck erläutert, „dass sich aus geschlechtsspezifischen Beziehungsmustern und Handlungspraktiken“ (173) für Männer und Frauen unterschiedliche Beziehungen, Kompetenzen und norma-

tive Erwartungen ergäben. Durch solche früheren familiären Sorgetätigkeiten und eine (oft) daraus resultierende Teilzeitbeschäftigung sähen sich Frauen eher in der Lage und in der Pflicht, auch die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zu übernehmen.

Schließlich geht Keck sozio-ökonomischen Unterschieden von pflegenden Angehörigen nach. „Personen in einer niedrigen beruflichen Position übernehmen eher intensive Pflegeaufgaben“ (183) als hochqualifizierte Personen. Gleichwohl erleben Pflegende in niedrigen Berufspositionen nicht unbedingt stärkere berufliche Einschnitte als Pflegende in höheren Positionen (ebd.), was sich sowohl auf die höhere Teilzeitquote niedrig Qualifizierter als auch auf die höheren Stundenlöhne der Hochqualifizierten zurückführen lässt. Keck beleuchtet die komplexen Zusammenhänge von beruflicher Position und Pflegetätigkeit, indem er diskutiert, inwieweit die Opportunitätskostentheorie in Bezug auf den beruflichen Status pflegender Angehöriger zumindest erweitert werden müsse, da Opportunitätskosten nicht objektiv festzustellen seien, sondern von der subjektiven Wahrnehmung und Bedürfnislage der pflegenden Person abhängen. Darüber hinaus wögen pflegende Angehörige auch Opportunitätskosten in Bezug auf andere Lebensbereiche als die Berufstätigkeit ab, etwa Familienbeziehungen. Insgesamt lassen sich die Ergebnisse in Bezug auf Statusunterschiede pflegender Angehöriger am wenigsten auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Sie öffnen jedoch den Blick auf zahlreiche Aspekte, die weiter zu untersuchen wären.

Abschließend diskutiert Keck, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf pflegender Angehöriger zu verbessern. Hierzu gehörten Präventions- und Informationsangebote sowie konkrete Maßnahmen zur flexiblen Arbeitsgestaltung in Betrieben. Darüber hinaus seien sozialpolitische Veränderungen notwendig, um zu vermeiden, dass wie bisher das Pflegesystem Ungleichheiten in Bezug auf Gender und sozioökonomische Position verfestige.

Wolfgang Keck legt eine Studie vor, die sowohl methodisch als auch analytisch überzeugt. Durch die Kombination der Analyse quantitativer Datensätze und qualitativer Interviews ermöglicht er eine weitreichende Beschreibung der gegenwärtigen Lage pflegender Angehöriger und kann darüber hinaus Erklärungen für die komplexe Motivlage der pflegenden Angehörigen gewinnen. Hervorzuheben ist dabei die hervorragende Darstellung der Methodiken, die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Vorgehensweise gewährleistet. Die Studie schließt wichtige Lücken in der Forschung zur Angehörigenpflege. Insbesondere die Analyse sozio-ökonomischer Unterschiede von Pflegenden bringt dabei wichtige Erkenntnisse hervor und zeigt gleichzeitig, dass dieses Thema angesichts seiner Komplexität unbedingt weiter bearbeitet werden muss. Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie ist unseres Erachtens, dass eine gleichzeitige Ausübung von Pflege und Berufstätigkeit nicht notwendigerweise bedeutet, dass „die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche gelungen ist“ (141). Stattdessen ergibt die Untersuchung, dass pflegende Angehörige

durch die Doppelbelastung häufig in anderen Lebensbereichen (etwa Erholung oder soziale Kontakte) Abstriche machen müssen. Mit Blick auf die erwartete demografische Entwicklung und in Anbetracht der Tatsache, dass ein enorm hoher Anteil der Deutschen im Laufe des Lebens einmal für eine Zeitlang private Pflēgetätigkeiten übernehmen muss, sind Studien wie diese und darauf aufbauende gesellschaftliche Veränderungen unbedingt notwendig.

Wolfgang Keck, 2012: Die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf. Bern: Verlag Hans Huber, 312 S., ISBN: 978-3456851440.

